

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Am 17. November fand in Osterode die konstituierende Sitzung des neugewählten Kreistages der Wahlperiode 2021 bis 2026 statt. Zu Diskussionen kam es lediglich bei den Bemühungen der kleineren Fraktionen, die neuen, undemokratischen Verteilungsschlüssel zu modifizieren, wozu es durchaus einigen Spielraum gegeben hätte.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 2 – Verteidigung des Landrates

Den Auftakt bildete jedoch die Verteidigung des neuen Landrates Marcel Riethig (SPD). Riethig betonte in seiner Auftaktrede, dass der Kreistag in seiner Gesamtheit Teil der Verwaltung sei und es einen Gegensatz von Mehrheit und Opposition nicht gebe. Auch wenn dies in deutlichem Kontrast zu unseren langjährigen Erfahrungen steht, werden wir den Landrat und seine zukünftigen Dezernten an dieser Aussage messen. Zum Stichwort Dezernten: nach der Wahl Riethigs und dem Ausscheiden von Christel Wemheuer (Grüne) zum Jahresende sind hier noch Personalentscheidungen zu treffen, bei denen DIE LINKE außen vor ist. Erhalten bleibt uns die Dezernentin Marlies Dornieden (CDU). Durch eine Veränderung des Zuschnitts der Dezernate wird diese in Zukunft auch für die Umsetzung von Hartz IV im Kreis zuständig sein, während der übrige Sozialbereich weiterhin im ehemaligen Dezernat von Riethig verbleibt. Zudem wurde auch das Kreistagspräsidium neu gewählt. Vorsitzender bleibt Harald Grahovac von der SPD, neue Stellvertreter sind Maria Bock (CDU) und Yonas Schiferau (Grüne).

TOP 10 – Änderung des Berechnungsverfahrens / Antrag der FDP

Eine längere Debatte gab es schließlich bei dem von der FDP eingebrachten Antrag, bei der Verteilung der Ausschusssitze und der Entsendung von Vertretern in weitere Gremien, z.B. Aufsichtsräte, nicht das von der Landespolitik in die Kommunalverfassung oktroyierte d'Hondt-Verfahren anzuwenden, sondern es bei dem Hare-Niemeyer-Verfahren zu belassen, was bei einem einstimmigen Beschluß möglich gewesen wäre. FDP-Fraktionschef Tom Stiller wies darauf hin, dass die FDP vielfach zwar nicht betroffen sei, gleichwohl sei es aber nicht egal, was mit den anderen ist, zumal sich die Mehrheitsverhältnisse gar nicht verändern würden. Eckhard Fascher wies darauf hin, dass nun in den Ausschüssen drei Abgeordnete (im Jugendhilfeausschuss sogar 4) ohne Stimmrecht vertreten sein werden, abweichende Meinungen aber nicht durch eine entsprechende Stimmabgabe geltend gemacht werden könnten. Für die ebenfalls betroffene FWLG wies deren Fraktionsvorsitzende Rüngeling darauf hin, dass in zahlreichen Gremien, wie etwa den Aufsichtsräten, die kleineren Fraktionen nun gar nicht mehr vertreten seien, nicht einmal als Zuhörer teilnehmen dürften. Die Vertreter der großen Fraktionen hatten dagegen allerlei Ausflüchte vorzubringen. SPD-Redner Hujahn, MdL, bezeichnete das neue Berechnungsverfahren als „Wunsch der kommunalen Familie“, die kommunalen Spitzenverbände hätten dies so gewünscht. - Nun ja, die kommunalen Spitzenverbände werden von den Hauptverwaltungsbeamten dominiert, allesamt Vertreter großer Parteien. Etwas schräg war dann noch der Hinweis, man begegne damit der „Fragmentierung“ in den Kommunalparlamenten. - Also: wenn die Wähler einen schon nicht mehr so zahlreich wählen. sorat man eben rechnerisch für die eigene bessere Repräsentation.

TOP 17 – Bildung des Grundstücksverkehrsausschusses

Die Bildung dieses Gremiums wurde von unserer Fraktion nicht mitgetragen. Der Grundstücksverkehrsausschuss, der den Erwerb und Verkauf landwirtschaftlicher Flächen kontrolliert, wird von Vertretern der Landwirtschaft dominiert. Anliegen des Naturschutzes können bei dieser Zusammensetzung kaum

TOP 49 – Wahl des Kreisjägermeisters

Ähnlich sieht dies bei der Wahl des Kreisjägermeisters aus. Auch hier wird nach klassisch-konservativen Vorstellungen vorgegangen, Vertreter der naturnahen Jagd bleiben hier außen vor.

TOP 61 – Organisation des SGB- II - Beirates

Zu diesem TOP gab es von unserer Fraktion einen Änderungsantrag, da auch hier wieder das d'Hondt-Verfahren Anwendung finden sollte. In früheren Wahlperioden konnte jede Partei einen Vertreter entsenden, wir wollten das zumindest jede Fraktion einen Abgeordneten entsenden kann. Eckhard Fascher wies zudem darauf hin, dass es sich hier auch nicht um ein Entscheidungsgremium, sondern Beratungsgremium handele. Leider folgte die Mehrheit des Plenum auch hier der Generallinie, kleinere Fraktionen wo immer es geht herauszuhalten. Zu bedauern ist auch, dass die anderen kleineren Fraktionen wenig Einsatz zeigten, hier Veränderungen zu erwirken.